

"Hort des Männerhasses"

Warum das Frauenhaus abgeschafft werden muss

16. Juni 2009, 16:07 Uhr

Vertreterinnen des vermeintlich schwachen Geschlechts sind ebenso gewalttätig wie ihre Partner: Davon ist der Soziologie-Professor *Gerhard Amendt* überzeugt. Auch deshalb gehören seiner Meinung nach Frauenhäuser abgeschafft. Für Amendt sind sie vor allem ein Hort des Männerhasses.

Just zu dem Zeitpunkt, da erstmals die Tätigkeit von Frauenhäusern einer wissenschaftlichen Begutachtung im Auftrag einer Landesregierung unterzogen wurde, will der Familienausschuss des Bundestages prüfen lassen, ob Frauenhäuser eine Finanzierungsgarantie des Bundes bekommen. Dieses Vorhaben sollte jedoch wegen seiner Folgewirkungen und der politischen Ideologie von Frauenhäusern ernsthaft überprüft werden. Dabei müssen Antworten auf mehrere Fragen gegeben werden: Hat sich die Arbeit von Frauenhäusern bewährt; arbeiten sie professionell und haben sie die Ideologie hinter sich gelassen, wonach Männer Gewalttäter und Frauen Gewaltlose seien? Haben Frauenhäuser ein professionelles Verständnis von Familienkonflikten entwickelt, das sie befähigt, mit allen Mitgliedern einer gewalttätigen Familie zusammenzuarbeiten?

Die angepeilte Finanzierungsgarantie wird wie üblich lediglich mit der Chiffre begründet, dass „jede 4. Frau, einmal im Leben Opfer von Gewalt in der Partnerschaft geworden sei“. Eine Vergleichsziffer für Männer gibt es nicht, deshalb eignet sie sich wenig für die Legitimation von Frauenhäusern. Bisher wurden Frauenhausfinanzierungen mit Verweis auf die Opferrolle der Frauen automatisch fortgeschrieben. Zugleich wurde die Chiffre zur Popularisierung ihrer Arbeit verwendet. 2007 wurde im vorweihnachtlichen Österreich damit die Kampagne „Verliebt. Verlobt. Verprügelt“ bestritten. Auch die ARD-Fernsehlotterie wirbt implizit damit. Mit Wissenschaft und der Lebenswelt von Männern und Frauen hat das wenig zu tun, umso mehr aber mit Vorurteilen gegenüber Männern.

Während der Gründerzeit von Frauenhäusern vor mehr als 20 Jahren sollten Gewalterfahrungen aus weiblicher Sicht öffentlich gemacht werden. Dieser Absicht verdankt das Bremer Frauenhaus seine Entstehung durch den Autor, der gegen die Einwände der Wohlfahrtsverbände den riskanten Versuch von politischer Laienselbsthilfe damals unterstützte. Das entsprach dem Zeitgeist der Sensibilisierung für Gewaltaspekte im Leben von Frauen - nicht jedoch von Männern. Auch der Autor wollte damals nicht ahnen, dass Frauenhäuser zur feindselig aufgeladenen Polarisierung der Gesellschaft in männliche Gewalttäter und weibliche Friedfertige maßgeblich beitragen würden.

Ignorante Familienpolitik

Heute wissen wir mehr als vor 25 Jahren über Partnerdynamiken, die Gewalthandlungen auslösen.

Hunderte von Studien aus den USA und Kanada könnten Politik und Öffentlichkeit mit deren Erkenntnissen bereichern. Aber ausgerechnet die Familienpolitik weigert sich beharrlich die Quintessenz dieser Forschung wahrzunehmen. Die besagt, dass Frauen genau so aggressiv und genau so gewalttätig - und das sogar geringfügig häufiger - wie Männer sind. Besonders augenfällig ist das in Scheidungsphasen, die reich an Gewalttätigkeiten sind. Von allen Beratungsstellen wäre zu erwarten, dass sie helfen, die Gewalt einzudämmen, damit vor allem Kinder weder passiv noch aktiv in die elterlichen Gewaltepisoden hineingezogen werden.

Die große Bremer Scheidungsväterstudie des Autors* hat gezeigt, dass Gewalt in 30 Prozent aller Scheidungen vorkommt. 1800 Männern haben von körperlichen wie psychischen Gewalthandlungen ihrer Partnerinnen berichtet. Also eine wesentlich höhere Häufigkeit als die ca. 10 Prozent, die für Partnerschaften im Alltag belegt wird. Und von diesen 30 Prozent Gewalthandlungen werden 60 Prozent von Ehefrauen/Partnerinnen begonnen. Das hat unserer Studie für den wohl konflikträchtigsten Kontext im Leben von Erwachsenen ans Tageslicht gefördert: Gewalt geht auch von Frauen aus. Allein in Frauenhäusern geht sie nur vom Manne aus. Frauenhäuser verschärfen Scheidungskonflikte, statt sie beherrschbar zu machen. Aus der 4. Frau Chiffre leiten sie deshalb ab, dass das Familienrecht von 1998 geändert werden müsse, weil Kinder in der Scheidung allein durch die Gewalt ihrer Väter gefährdet seien. So wollen Frauenhäuser familienpolitisch das Recht auf beide Eltern mittels eines Vorurteils rückgängig machen.

Jene 60 Prozent von Frauen initiierten Gewalthandlungen sind der Anlass von Leid unter Scheidungsvätern. Deren Aussagen sind authentisch. Was Wissenschaft von frauenhäuslicher Feindbildideologie aber unterscheidet, ist die Bewertung dieser Zahlen. Wissenschaft will Konflikte lösen während Frauenhäuser Feindseligkeit gegen Männer als politischen Erfolg verbuchen. So behaupten wir nicht, dass Frauen die Gewaltepisoden genau so wie ihre Partner erlebt haben. Dazu hätten wir sie befragen müssen. Das haben wir sowenig getan wie alle 4. Frau Agitatoren.

Allerdings ziehen wir daraus ganz andere Schlüsse. Wir gehen davon aus, dass Frauen die Gewalt so ähnlich wie ihr Partner erlebt haben: nämlich als vom Manne ausgehend. Auch das bestätigen amerikanische Studien. Nur, was ist dann noch Wahrheit, wenn beide sich gegenseitig beschuldigen, die Gewalt begonnen zu haben? Beide Aussagen sind subjektive Wahrheiten. Beide lügen – zumeist - nicht. Aber beide können in ihrer jeweiligen Gekränktheit anders als den guten Zeiten sich nicht mehr darüber verständigen. Sie schweigen sich einander tot oder schreien sich an. Hier können Ehe- und Familienberater helfen, Sprachzerstörung zu überwinden. Denn wenn beide Partner zu einer gemeinsamen Sprache zurückfinden, können sie in einen versöhnenden Prozess oder eine respektvolle Trennung eintreten. Das Gute der Vergangenheit geht ihnen und vor allem den Kindern nicht verloren.

Zu solchen professionellen Interventionen sind Frauenhäuser aufgrund ihrer Ideologie vom Mann als Feind aller Frauen nicht fähig. Für sie steht vorab immer fest, dass Frauen nicht gewalttätig sind. Das gibt die Frauenhausideologie vor, so dass sich das gemeinsame Gespräch zwischen Frau und Partner erübrigt. Zu diesem Zweck werden Frauen in die Opferposition politisch manipuliert und Männer werden kollektiv entwertet. Und konsequenterweise dürfen Frauen sich in Frauenhäusern nur als Opfer erleben.



FOTO: CAMPUS

Gerhard Amendt: "Wir brauchen keine Frauenhäuser mehr."

Die Monotonie, mit der die 4. Frau Chiffre genutzt wird, könnte eine depressive Chiffre für eine heillos projizierte Innenwelt ihrer Protagonistinnen sein. Eine Welt ohne Lebensfreude, die an die Stelle der Bewältigung konfliktreicher Zweierbeziehungen existenzielle Niedergeschlagenheit hat treten lassen. Hass scheint ihr Ausweg zu sein. Diese schwer erträgliche Atmosphäre ist sicher ein Grund für die hohen Personalschwankungen und Auseinandersetzungen in Frauenhäusern. Das macht die Ergebnisse amerikanischer Forschung nachvollziehbar, dass Frauen trotz schwerer eigener Konflikte Frauenhäuser zusehends meiden. Sie wollen sich nicht in eine Welt des Männerhasses hineindrängen lassen. Die eigenen Probleme belasten sie genug.

Der Einwand, dass sich das jenseits professioneller Standards helfender Berufe bewegt, beeindruckt Frauenhäuser nicht. Denn Professionalität ist nicht ihr Ziel. Sie beschreiben sich hingegen selbstbewusst als „parteilich“, was ein Synonym dafür ist, dass sie Frauen als Opfer sehen, denen böse männliche Mächte und eine gleichgültige Gesellschaft gegenüber stehen. An die Stelle professioneller Ethik haben sie bewusst politische Motive gerückt. Und das ist keineswegs selbstlos. Es verschafft ihnen narzisstische Hochgefühle und ein Gefühl moralischer Überlegenheit über den Rest der Welt. Es ist eine Mischung aus Elitismus und vermeintlicher Selbstaufopferung. In den Gründerjahren der Frauenhäuser war dieses Elitismus das Einfallstor für Abschätzigkeit gegenüber von Diakonie, Arbeiterwohlfahrt, Caritas etc. Daran hat sich nicht viel geändert. Frauenhäuser glauben, mit „anti-patriarchalischer Kampfrhetorik“ besser helfen zu können, als professionell ausgebildete Berater und Therapeuten es können. Dass sie Ratsuchenden nicht helfen, scheint die meisten nicht zu bedrücken, weil sie darin politische Uneinsichtigkeit der Frauen sehen. Ihr Sendungsbewusstsein scheint ihnen deutlich mehr an narzisstischer Belohnung zu bieten als die harte und beängstigende Arbeit mit gewalttätigen Familien, die die Körpersprache zur Alltagssprache erhoben haben und ansonsten nicht mehr viel Worte übereinander verlieren.

Die Ideologie des Radikalfeminismus

Auch wenn es Frauenhäuser geben mag, die sich des ideologischen Ballasts - gegen die Absichten ihrer Verbandspolitik - entledigt haben, so impliziert der Name immer schon die unheilvolle Ideologie des Radikalfeminismus, dass die Beziehungen zwischen Männern und Frauen durch Täter- und Opferstatus gekennzeichnet seien. Demnach können Frauen nichts und Männer alles bewirken. Frauenhäuser setzen die Sprachzerstörung in Partnerschaften als politisches Projekt im Geschlechterdiskurs fort.

Die Schlussfolgerungen liegen auf der Hand: Wir brauchen keine Frauenhäuser mehr. Wir brauchen auch keine für geschlagene Männer, von denen es eh kein einziges gibt. Was wir dringend brauchen ist, ist ein Netz von Beratungsstellen für Familien mit Gewaltproblemen. Denn Gewalt in Familien hat systemischen Charakter. Wenn eine Frau ihren Mann und ein Mann seine Frau schlägt, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie auch ihre Kinder schlagen. Und geschlagene Kinder, Jungen wie Mädchen haben eine erhöhte Wahrscheinlichkeit als Erwachsene ihre Kinder oder ihren Partner wiederum zu schlagen. Damit sind die Weichen für die Wiederkehr innerfamiliärer Gewalt in der nächsten Generation gestellt. Und Mütter, die nicht selber schlagen, sondern den Vater der Kinder das erledigen lassen, sind nicht minder integraler Teil dieses Gewaltsystems. Wie auch der Elternteil, der zu alledem nichts zu sagen weiß.

Was wir brauchen, sind gut ausgebildete Männer und Frauen in Familienberatungsstellen, die familienbezogen kooperieren und berufsethische Standards praktizieren. Die in gewalttätigen Familienkrisen unmittelbar intervenieren und in Notfällen Männern wie Frauen mit Kindern vorübergehend sicheren Aufenthalt bieten. Wir brauchen Familienberatungsstellen, die in den intergenerationellen Zyklus der Weitergabe von Gewalt am Ort seiner Entstehung erfolgreich eingreifen können. Eine Öffentlichkeit, die entsetzt über Kinderleichen ist, über desinteressierte Jugendämter und Mordaktionen an Schulen erstarrt, sollte wohlfahrtsstaatliche Finanzierung nur akzeptieren, wenn sichergestellt ist, dass Ratsuchende professionelle Hilfe erhalten. Beratung und Therapie sind nun einmal von politischen Ideologien freizuhalten. Anders ist das nur in undemokratischen Gesellschaften.

(Aber wir brauchen auch einen neuen Diskurs an Universitäten und Fachhochschulen, der das von der political correctness etablierte Denkverbot über frauenhäuslerische Gewaltideologien mit den Ergebnissen der internationalen Forschung konfrontiert.)

© Axel Springer AG 2009 . Alle Rechte vorbehalten.

Suchtechnologie powered by  neofonie